

## **Beirat des Wirtschaftsministers gegen Mindestlöhne**

### **"Aktivierende Sozialhilfe" als Alternative vorgeschlagen**

Der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat sich gegen den von Gewerkschaften und der SPD geforderten Mindestlohn gewandt. Eine solche Vorgabe würde der Beschäftigung schaden, sagte der Beiratsvorsitzende Axel Börsch-Supan in Berlin. Auch Kombilöhne seien problematisch, weil dabei erhebliche Mitnahmeeffekte zu befürchten seien. Als Alternative schlug er eine "aktivierende Sozialhilfe" vor, bei der die zusätzliche Unterstützung direkt an den Arbeitnehmer geht, und nicht an den Unternehmer. Durch die Einführung eines Mindestlohns würden jene Arbeitsplätze gefährdet, deren Lohnniveau darunter liege, sagte Börsch-Supan. (...) Niedrigere Mindestlöhne hätten zunächst zwar nur eine symbolische Wirkung, würden allerdings die Gefahr einer "politischen Dynamik" in sich bergen: Einem niedrigen Mindestlohn könnte bald die Forderung nach einer Erhöhung folgen.

Bei den Kombilöhnen verwies Börsch-Supan auf die erheblichen Kosten, die für die öffentliche Hand dadurch entstehen. Würden die Ausgaben gesenkt, würde dies wiederum zu Lasten der Beschäftigungswirkung gehen. Der wissenschaftliche Beirat hatte seine ablehnende Haltung zu Mindestlöhnen in einem Schreiben an Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) dargelegt. Dieser antwortete dem Expertengremium, er teile zwar die "kritische Auffassung". Gleichwohl müsse nach Lösungen gesucht werden, um die Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Menschen zu verbessern. (...)

Die Linksfraktion erklärte, Mindestlöhne könnten dem Trend sinkender Reallöhne entgegenwirken. Die Linksfraktion kündigte für den 8. Mai eine Anhörung zum Thema Mindestlöhne an. Dabei solle erörtert werden, "wie ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland Wirklichkeit werden kann", hieß es in einer Mitteilung. Linkspartei und WASG hatten auf ihren Parteitag am Wochenende eine Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gestartet.

*Dieser Artikel erschien am 4. Mai 2006 in der Mittelbayerischen Zeitung.*